

Krakauer Zeitung.

Nr. 49.

Mittwoch den 1. März

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mkr., einzelne Nummern 5 Mkr.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Seite 5 Mkr., im Anzeigeblaatt für die erste Einrückung 5 Mkr., für jede weitere 3 Mkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Februar d. J. allergnädig zu gestatten geruht, daß der f. l. Legationssekretär Freiherr v. Herbert-Mathke, das Ritterkreuz erster Classe des königlich bayerischen St. Michael Verdienst-Ordens und der Adjunkt im Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Neuen Carl Ritter v. Stradio das Ritterkreuz des Königlich württembergischen Friedrich-Ordens annehmen und tragen dürfen.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. Februar d. J. dem Kontrolor des niederösterreichischen Landeshauptcasse, Joseph Lemberg, in Verücksichtigung seiner vielfältigen treuen und eifrigsten Dienstleistung bei seiner Verlegung in den bleibenden Ruhestand das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädig zu verleihen geruht.

Beränderungen in der k. k. Armee.

Ernennung: Der Oberkriegscommisär zweiter Classe Eduard Magner zum Oberkriegscommisär erster Classe mit Belastung auf seinem dermaligen Dienstposten.

Pensionirungen:

Der Oberstleutnant Franz Weiß v. Schlesienburgs des Genieabtes, dann der Hauptmann erster Classe Gottlieb Glad, des Genie-Regiments, Erzherzog Leopold Nr. 2, mit Majorscharakter ad honores.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Otto Bischl zum Präsidenten und die Wahl des Ignaz Schiel zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbezammlung in Wien bestätigt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Carl Anton Primavesi und des Ignaz L. Machanek zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbezammlung in Olmütz bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 1. März.

Die preußische Depesche, schreibt ein Berliner Corr. der „Schles. Z.“, soll einem Wiener Telegramm zufolge auf die österreichische Regierung einen nicht unbefriedigenden Eindruck gemacht haben. Alle solche Nachrichten sind mit Vorsicht zu behandeln.

Österreich hat ein naheliegendes Interesse, daß die Unterhandlungen über den Anschluß weiter gesponnen werden. Da Preußen die Annexion ohne Zweifel im Auge behält und nur gleichsam als Erhagmittel in zweiter oder vielmehr letzter Linie den möglichst engen Anschluß zu gleicher Zeit versucht, so nimmt sich Österreich mit von vornherein abweisenden Erklärungen in Acht, welche der Annexion förderlich sein würden.

Es war vorhergesehen, daß Österreich nicht einfach ablehnen werde und es werden noch andere Schachzüge auf beiden Seiten nicht ausbleiben. Was die Forderungen selbst angeht, so stimmen alle Nachrichten darin überein, daß Preußen die Verfügung über die in Fragen, welche Preußen staatliche Interessen bezüglich der preußischen Militärverfassung zu organisierenden schleswig-holsteinischen Truppenkörper behalten darf, ebenso wie die maritimen und strategischen Punkte.

In der Form sollte, wie man sich erinnert, eine gewisse Schonung beobachtet werden, aber Preußen scheint doch Vorsorge getroffen zu haben, daß beispielweise das holsteinische Contingent in Kriegszeiten keine Weiterungen verursache. In mittelstaatlichen Kreisen streitet man darüber, ob Preußen auch für Rendsburg die directe Oberhoheit verlangt oder nur die bleibende preußische Besatzung, betrübt sich aber,

dass selbst in dem letzteren Falle eine Bundesfestung immer nur noch dem Namen nach existieren würde. In Bezug auf den Kriegshafen schwanken die Angaben. Faßt man nur einen Hafen als Kriegshafen in's Auge, so müssen doch alle wichtigen maritimen Punkte gegen Landungen und Angriffe des Feindes sichergestellt und demgemäß Preußen übergeben werden.

Dies bedarf allerdings im Einzelnen noch näherer Präzisierung. Die Brückenkopfe des Kanals sollen bekanntlich befestigt werden, und sie müssen Preußen verbleiben, das außerdem die Administration des Kanals haben würde. Ueber das Alles wird nun unterhandelt werden, und ein naher Abschluß steht nicht in Aussicht. Von einer provisorischen Einigung des Herzogs Friedrich ist selbstverständlich keine Rede.

Der Wiener Brief-Correspondent der „Schl. Z.“ schreibt: Was die hiesigen Blätter bereits über den Inhalt der preußischen Antwort-Depesche mittheilen, beruht lediglich auf Combinationen, denn ich kann Ihnen auf das bestimmteste mittheilen, daß von jener Seite, von welcher allein Nachrichten über den Inhalt dieses Schriftstückes stammen könnten, bis jetzt nicht ein Wort verlautbart wurde. Die Depesche geht lange erst am 25. Abends zur Lecture, es ist also schon daraus ersichtlich, daß man an demselben Abend in journalistischen Kreisen keine Kenntnis von ihrem In-

halt haben konnte, zumal es um diesen zu skizziren, bei dem großen Umfang der Depesche und den vielen Beilagen jedenfalls nothwendig gewesen wäre, daß dem Analytiker vorliege. Im Allgemeinen verlautet so viel, daß trotz des Eintreffens der Antwort durch Nachbarschaft mit den Herzogthümern zusammenhängenden Staaten, auf günstigen Boden gesetzen soll, die Gewährung der von Preußen angestrebten Forderungen als mit dem Interesse des Bundes im Einklange stehend zu bezeichnen, an die baldige

Ersledigung der Streitfrage um so weniger zu denken sei, als die Forderungen, selbst wenn Österreich, so weit dieselben Schleswig berühren, geeigneter sein könnte, ihnen Gehör zu schenken, ohne gegen den Bund verstößen zu müssen, doch jedenfalls österreichische Gegenvorschläge erheischen und sich überdies die preußische Antwort in Betreff der auch dem österreichischen Vorschlage allem andern voranzustellenden Bestititel-Uebertragung auf den Herzog von Augustenburg ablehnend verhält, indem sie in der Besitztitel-Uebertragung eine Präjudizirung der Ansprüche der andern Präidenten erübrigt. Wir haben jedenfalls neue langwierige Verhandlungen zu erwarten. Man sieht indessen in Berlin das Annexionsziel keineswegs aus den Augen gelassen zu haben, da die in der Antwort formulirten Forderungen nur conditionell aufgestellt werden, für den Fall, als Schleswig Holstein was als Hypothese hingestellt wird — als selbstständiger Staat constituit werden sollte. — Was die auch von mir erwähnten Verhandlungen Preußens mit Oldenburg resp. mit Russland anbelangt, so werden diese von preußisch-offiziöser Seite entschieden gelegnet. Wir glauben aber, daß diesmal auf das Dementi kein besondereres Gewicht zu legen sei, und scheint uns die freudige Zuversicht, welche man in hiesigen oldenburgisch-gesunkenen Kreisen zu Schau trägt, sehr berecht zu sein.

Mit Bezug auf die angebliche Absicht einiger Mittelstaaten am Bundesstage, die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein zu beantragen, äußert sich die „Nord. A. Z.“, ancheinend officiös, folgendermaßen: Wohin wir uns auch innerhalb der bundesgesetzlichen Bestimmungen wenden, überall stoßen wir bei dem Versuch, die schleswig-holsteinische Frage durch einen Bundesbeschluß zu lösen, welcher gegen den Willen Preußens auf die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg und die Zulassung seines Bevollmächtigten ausgeht, auf Schranken, deren Durchbrechung mit der Zerreißung der Bundesverträge selbst zusammenfällt. Indem wir diesen Gedanken aussprechen, vernehmen wir den Vorwurf unserer Gegner, daß unter solchen Verhältnissen ein Bundesleben mit Preußen überhaupt nicht möglich sei; und in der That, wir müssen es einräumen, ist diese Ansicht begründet, sobald der Bund seine vertragsmäßige Kompetenz verkennt und überschreitet. Die Resultate eines solchen Versuches

in Fragen, welche Preußen staatliche Interessen bezüglich der preußischen Militärverfassung zu organisierenden schleswig-holsteinischen Truppenkörper behalten darf, ebenso wie die Augustenburger und Oldenburger Ansprüche am Bunde geprüft und erörtert werden müssen. Die Wiener „Presse“ irrit daher, wenn sie eine Änderung der factischen Verhältnisse in den Herzogthümern von dem in Rede stehenden Antrage der Gegner

sollten bekanntlich befestigt werden, und sie müssen Preußen am Bunde erwartet. Man würde in Berlin in solchem Antrage und seinen Folgen gegenüber in derselben Haltung wie bisher verharren und das Ergebnis der Verhandlungen mit Österreich auch ferner nicht in Aussicht. Von einer provisorischen Einigung des Herzogs Friedrich ist selbstverständlich keine Rede.

Nach einer tel. Dep. der „Hamb. Nachr.“ geht der Antrag, den Bayern in der schleswig-holsteinischen Frage s. B. an Bunde zu stellen sich vorgenommen hat, dahin, daß dem Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg die Regierung über Holstein übertragen und in Betreff Lauenburgs einer Erklärung der beiden deutschen Großmächte entgegengesehen wird, in welcher Weise eine Einigung zwischen ihnen beiden zu Stande gekommen sei. Österreich hat sein Einverständniß mit diesem Antrage im Allgemeinen erklärt, sich aber vorbehalten, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem Bayern denselben am

Bedingungen geknüpft. Inzwischen wirkt Bayern bei den übrigen Mittel- und Kleinststaaten vorbereitend um Zustimmung zu diesem Antrage, eine Werbung, die, so viel bekannt, nicht überall, namentlich nicht bei den

Republik Uruguay gestellt; 7000 Brasilianer halten das Land besetzt, bis alle Kriegskosten, nebst einer Kriegsentschädigung von 4 Millionen Piaster abgetragen sind; Brasilien bleibt im Besitz des Gebietes nördlich von Rio Negro, bis diese Schuldposten sämtlich abgetragen worden.

Die „Nord. A. Z.“ vom 27. er sieht aus den Mittheilungen des Chevalier Debrau in der letzten Nummer des „Mem. dipl.“, daß der österreichische Botschafter Fürst Metternich in Verbindung mit dem Journalstehe, welches die Sprengung des österreichisch-preußischen Bündnisses herbeizuführen suchte und die österreichisch-französische Allianz eifrig vertheidigte. Der österreichische Botschafter befördere eine Politik, welche mit der zu Tage getretenen Haltung des österreichischen Cabinets im öffentlichen Widerstreit steht. Wir wollen heute nur fragen, — schreibt das citirte Blatt — was würde die österreichische Regierung im gleichen Falle thun? (Die Wiener Abendpost ist in der Lage aus bester Quelle zu versichern, daß die „Nord. A. Z.“ sich vollständig im Irrthum befindet, wenn sie annimmt, daß der Vertreter Sr. f. f. Majestät am französischen Hofe in irgendeiner Richtung einen von dem seiner Regierung abweichenden Weg gehe. Die österreichischen Interessen werden von ihm alleitig mit ebensoviel Einsicht als pflichttreuem Eifer vertreten und für die Andeutung, mit welchem telegraphischen Auszug des hier beprochenen Zeitungskartells schließe, wird die k. preußische Regierung eben so wenig geneigt sein einzustehen, als Fürst Metternich die Verantwortung für die Auslassung des „Mem. dipl.“ zu übernehmen gewillt ist).

In einem Turiner Artikel der „Europe“ heißt es, daß Frankreich nichts mehr wünsche, als daß Preußen die Herzogthümer Schleswig-Holstein an sich nehme, so weit dieselben deutsch seien. Jener Brief, schreibt man der „N. Pr. Z.“ aus Paris, ist wahrscheinlich nicht in Turin, sondern hier in Paris geschrieben, wenigstens drückt derselbe ganz genau die wirkliche Ansicht der hiesigen Regierung aus, wie denn überhaupt eine preußenfreundlichere Stimmung hier gar nicht zu erkennen ist; dieselbe würde auch viel mehr auf die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg und die Zulassung seines Bevollmächtigten ausüben, der persönlichen Macht, der sehr anti-preußisch ist, in diesem Sinne sehr geschickt auf die Presse zu wirken wüßte. Man zweifelt hier gar nicht daran, daß Preußen die Herzogthümer nehmen muß, man hat auch nicht das Geringste dagegen; der kleine Vorbehalt dem Nationalitätsprinzip zu Liebe ist praktisch von gar keiner Bedeutung.

Es tritt immer mehr hervor, daß man zu Rom sehr unzufrieden mit der Schrift des Bischofs Duval von Orleans über die Encyclica ist, und dem geistreichen Prälaten passirt jetzt der üble Zufall, daß sein eigenes Domcapitel Miene macht, gegen ihn aufzutreten. Obgleich nämlich der Bischof die gewöhnliche Formel, „nachdem wir uns mit unseren Brüdern, den Domherren der Kathedralen, aufgehört haben, wissend wir nicht; aber darüber sind wir nicht im Zweifel, daß Preußen, einem Beschlusse von bestreiteter Kompetenz gegenüber, die Herzogthümer nicht räumen werde. Die schleswig-holsteinische Frage ist in friedlicher Weise nur auf dem Wege der Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich gelingen; jeder andere Versuch, die Verhandlungen dieser Befürworter in ein Bundesverfahren zu ziehen, führt zunächst zur Verschleppung der Frage, da Anträge, welche Preußen in Folge eines auf die Anerkennung des Erbprinzen gerichteten Vorschlags angemeldet, ebenso wie die Augustenburger und Oldenburger Ansprüche am Bunde geprüft und erörtert werden müssen. Ob der Bunde einem Antrage auf Anerkennung des Prinzen von Augustenburg, sowie auf Zulassung seines Gefandten entspricht, wissen wir nicht; aber darüber sind wir nicht im Zweifel, daß Preußen, einem Beschlusse von bestreiteter Kompetenz gegenüber, die Herzogthümer nicht räumen werde. Das Capitel wollte die Encyclica ohne Weiteres veröffentlichen.

Der „Constitutionnel“ wird eine Correspondenz aus Rom veröffentlicht; die über die Affaire Chigi das lezte Wort spricht. Sie wird bestätigen, daß Cardinal Antonelli in seiner Note der französischen Regierung vollkommenen Genugthuung gegeben, und insbesondere erklärt hat, „daß päpstliche Gouvernement habe Monseigneur Chigi einen ausdrücklichen Verweis gegeben, da es grundsätzlich nicht gestattet, daß seine Künste sich irgendwie in die inneren politischen Angelegenheiten der Länder mischen, bei denen Regierungen sie accreditirt sind.“ Gleichzeitig wird versichert, die französische Regierung habe nie mals die Abberufung Chigi's verlangt, und diese werde auch nicht erfolgen.

Das „Giornale di Roma“ berichtet die von auswärtigen Blättern über den Auslauf von Gefangenengen gegebenen Nachrichten und meldet, die päpstliche Regierung, welche die Anzahl der in den auf römischen Gebiet gelegenen Gefängnissen befindlichen Verbrecher um diejenigen vermindern wollte, welche der Romagna, den Marchen und Umbrien angehören, habe die Abführung von 571 dieser Verurteilten in die besagten Provinzen angeordnet. Das offizielle Blatt fügt hinzu, daß im Einverständniß mit dem Cardinal Antonelli diese Straflinge an die Franzosen abgeliefert worden sind, welche sie entweder zu Wasser oder zu Lande an ihre respectiven Bestimmungsorte befördert haben.

Das Journal des Debats meldet, daß im Namen

des Kaisers von Brasilien dessen Gesandter, Pachacos, mit dem Bandenführer Flores einen förmlichen Vertrag geschlossen hat, worin folgende Bestimmungen vorkommen: Flores wird an die Spitze der Republik Uruguay gestellt; 7000 Brasilianer halten das Land besetzt, bis alle Kriegskosten, nebst einer Kriegsentschädigung von 4 Millionen Piaster abgetragen sind; Brasilien bleibt im Besitz des Gebietes nördlich von Rio Negro, bis diese Schuldposten sämtlich abgetragen worden.

Herr v. Hock, schreibt man aus Berlin, soll seine Forderung wegen der Weinölle fallen lassen wollen, falls es noch nicht geschehen sein sollte. Die für Freitag angesagte Konferenz wurde im letzten Augenblick noch aufgeschoben. Es fanden Freitag und Sonnabend nur Vorberatungen der Unterkämmer des Zollvereins statt. Ein Abschluß in nächster Zeit gilt für wahrscheinlich.

In den Unterhandlungen mit England ist die Schwierigkeit wegen der Fabrikzeichen geregelt. Diese war dadurch entstanden, daß das preußische Strafregister nur diejenigen Zeichen schützt, welche Namen des Fabrikanten oder der Firma tragen, während das neue sächsische weiter geht. Man hat sich für das preußische entschieden. Instructionen aus London wurden noch in den letzten Tagen darüber erwartet, unter welchen Bedingungen preußische Produkte und Schiffe in den englischen Colonien zugelassen werden sollen.

Die „B. u. H.-Z.“ meldet: Die hannoverschen Casen nehmen schon seit längerer Zeit preußisches Papiergeld nicht in Zahlung, auch nicht in Noten der preußischen Bank. Seit haben auch auswärtige Stationen der k. hannoverschen Telegraphen- und Postverwaltung, namentlich auch die in Bremen, die Weisung erhalten, preußisches Papiergeld zurückzuweisen.

Krakau, 1. März.

In dem Zeitraum vom 1. Jänner bis letzten Februar 1865 sind bei dem Landesgericht in Strafsachen zu Krakau 106 Schlafverhandlungen wider 152 Angeklagte, u. z. wegen Verbrechen 96 Schlafverhandlungen wider 138 Angeklagte, wegen Vergehen 10 Schlafverhandlungen wider 14 Angeklagte durchgeführt worden.

Von den 152 Angeklagten wurde einer wegen Vergehens schuldlos erkannt, 2 wegen Vergehens und 8 wegen Verbrechens von der Anklage wegen Mangels rechtlicher Beweise freigesprochen, 141 zur Strafe verurtheilt, worunter 1 wegen Mord zum Tode, 2 wegen Kindesmord zu fünf Jahren, 3 wegen Todtschlag zu zwölf, drei und zwei Jahren, 96 wegen Diebstahls oder Diebstahltheilnahme, hievon einer zu 10, einer zu 8, einer zu 5 Jahren, 15 zu mehr als einjährigen schweren Kerker, die übrigen zu geringeren Strafen — 3 wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit — 20 wegen schwerer körperlicher Beleidigung — 4 wegen Betruges — 1 wegen Vorstubeleitung theils zu einfachen Kerker von einem Jahre und darunter — 10 wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zum strengen Arreste von 4, 2, 1 Monaten und darunter — 1 wegen Vergehens des Wuchers zu einer Geldstrafe.

Zur Geschichte des Unterrichtswesens in den Jahren 1861—1864.

III.

Was das frühere Unterrichtsministerium auf dem Gebiete der Volkschule gutes geschaffen, wurde im Laufe der letzten Jahre zu erhalten und fortzuentwickeln geachtet.

Im legislativen Wege durch Mitwirkung der Landtage ist das Schulpatronatsverhältniß und die Konkurrenz zu den Kosten für Schullocalitäten so weit geregelt worden, daß die Mehrzahl der Kronländer diese Gesetze bereits zustandegekommen sind. Mit der nächsten Session der Landtage dürfte diese Angelegenheit vollkommen zum Abschluß gelangen.

Zur Feststellung der Einflüsse der Gemeinden auf die Volksschulen und zur Regelung der Schulaufschicht ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden. Ein für Böhmen erlassenes Landesgesetz regelt die Zahlung des Schulgeldes durch die Gemeinden. Die Regulirung der Dienststellung der Schularäthe wurde zum Gegenstand einer besonderen Verhandlung gemacht.

In allen diesen Anordnungen sind auch die Grundbedingungen für die weiteren Reformen im Schulfache zu finden.

Die Vermehrung der Schulen hält mit dem Anodrage zu denselben noch immer Schritt. Ohne daß gegenwärtig noch die Daten des letzten Schulfaches

zur Hand liegen, kann doch beispielsweise die Vermehrung schwing wurde mit keinem bedeutenden Kostenaufwände erzielt; die Zahl der Lehrkanzeln ist nicht vermehrt worden, eine derselben ist sogar unbenuzt. Die wohlacreditirten Lehrkräfte sind es, die, theilweise aus dem Auslande berufen, zur Hebung dieser Anstalt vor allem beitragen. Diese zunächst wirkt die Reorganisierung des Stipendienwesens in erwünschter Weise. Die bestandenen 30 Handt. auf die Vermehrung als auf die Verbesserung und Erhebung der Schulen durch Erweiterung hinsichtlich ihres Lehrziels hingewirkt. In der That hat sich auch die Zahl der Hauptschulen von 1861 bis 1862/3 um 49 und jene der abgesonderten Mädchenschulen um 84 vermehrt.

Auch die unselbstständigen Unterrealschulen haben sich seit 1861 um 12 vermehrt, ungeachtet mehrere derselben zu selbstständigen Realschulen umgestaltet worden sind. Befolgt wurden 20 Unterrealschulen und mehrere Privatschulen erhalten das Daseintheitsrecht. Die Reorganisierung des Taubstummeninstitutes in Wien zu einer Musterhauptschule ist eingeleitet.

Im Küstenland, Tirol, Galizien und Lombard-Venetien wurden neue Lehrerbildungsanstalten errichtet, bestehende in andern Kronländern vervollständigt.

Neue Lehrertaxe (Bücher) wurden in den letzten drei Jahren zu Stande gebracht:

in deutscher Sprache	6	in slawischer Sprache	2
italienischer	9	ungarischer	3
böhmisches	9	rumänischer	9
ruthenischer	8	hebräischer	1
croatischer	6		

Alttere Schulbücher wurden einer Revision unterzogen und sind diese Arbeiten zum Theile Commissionen in den Kronländern übertragen worden.

Die Lehrbücher werden entweder aus dem Wiener Schulbücherverlage bezogen, oder es wird in den betreffenden Ländern dafür vorgesorgt. Seit 1861 ist das Verlagsprivilegium der Universitätsbuchdruckerei in Ofen wieder hergestellt worden. Der Abzug von Schulbüchern nach Ungarn hat damit aufgehört. Die romanischen Schulbücher für griechisch-orientalische Schulen werden in der Hermannstädter griechisch-orientalischen Diözesanbuchdruckerei in Druck gelegt; dadurch hat der Abzug von Büchern in romanischer Sprache und für Schüler des erwähnten Bekennnisses nach Siebenbürgen eine namhafte Schmälerung erfahren. Die Folgen dieser Maßregel machen sich in Bezug auf den Totalabsatz des Wiener Schulbücherverlages bemerkbar.

Dagegen hebt sich der Verschleiß nach den der Verwaltung des Staatsministeriums zugewandten Ländern zusehends, so daß im Wiener und Prager Verlag im Jahre 1863 allein an 1,800,000 Exemplare verkauft worden sind. Als Armenbücher abgegeben wurden im Jahre 1863 328.000 Exemplare. Die Abgabe dieser Bücher stieg mit jedem Jahre; ihr Wert beträgt jährlich zwischen 58,000 bis 60.000 fl.

Seit dem Jahre 1863 führt der Schulbücherverlag Gebührungsüberschüsse an die Schulfonde ab. Diese erhielten vom Wiener Verlag (1863) 92.379 fl. (1864) 32.985 fl. Der Prager Verlag brachte an die Schulfonde Böhmens, Mährens und Schlesiens (1863) 18.999 fl. in Auftrag. Im Ganzen stellt der Schulbücherverlag voraussichtlich an 50.000 fl. jährlich zur Verfügung der Schulfonde.

Aber auch eine freiere Bewegung und eine Konkurrenz im Schulbücherverlagsgeschäft ist angebahnt worden.

Die Allerhöchste Entschließung vom 16. December v. J. hat das Privilegium auf die Herausgabe und den Vertrieb von Schulbüchern für die zweitklassigen Unterrealschulen aufgehoben und gestattet, daß auch außerhalb Wiens Schulbücherverlage errichtet werden dürfen. Durch Ausdehnung der Abgabe der Armenbücher auf die vierte Hauptschulklasse wurde die Wohlthat, die in dieser Beteiligung liegt, wesentlich erweitert.

Auf Verbesserung der materiellen Stellung der Lehrer wurde hingewirkt. Neben den Mitteln der zur Erhaltung der Volksschulen berufenen Gemeinden sind aus öffentlichen Fonden namhafte Beiträge für diesen Zweck geleistet worden.

Regulirt und erhöht wurden die Lehrergehalte an höheren Volksschulen, durch Beiträge ergänzt an 9 derlei Schulen. Dotations- (Congrua-) Ergänzungen wurden für 391 Schulen bewilligt.

Um für Dalmatien, das Küstenland und die Bułowina tückige Lehrkräfte zu gewinnen, wurden an Lehramtskandidaten dieser Länder ausreichende Stipendien verliehen, welche sie in den Stand setzten, ihre Curse in Wien und Prag zu hören. Die für Galizien bewilligt gewesenen 24 Stipendien für Präparanden wurden um 8 Plätze vermehrt.

Die Zahl der Lehrer ist im steten Zunehmen; sie ist innerhalb der letzten drei Jahre um 788 gestiegen, eine Folge der Vermehrung der Schulen und deren Erweiterung durch neue Schulzimmer.

Der Unterricht im Turnen, im Zeichnen und in der Pflege landwirtschaftlicher Zweige findet immer mehr Aufnahme.

Um Erfahrungen zu erwerben und um Österreich auch im Auslande vertreten zu wissen, wurden Fachmänner zur Weltausstellung nach London und zu den deutschen Lehrerversammlungen entendet.

Das Unterrichtswesen der Evangelischen augsburgischen und helvetischen Confession ist in neuerer Zeit einer ausgedehnten Reform unterzogen worden, welche durch das h. Patent vom 8. April 1861 und die zutolge Allerhöchster Ermächtigung am 9. April 1861 erlassene Verordnung des Staatsministeriums ermöglicht, den Betheiligten zur großen Befriedigung gerechte und nicht verfehlte, eine erfolgreiche Selbstständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtes anzuregen.

Die aus Staatsmitteln dotirte, vom Ministerium geleitete und für das ganze Reich bestimmte evangelisch-theologische Facultät in Wien schien noch im Jahre 1861 der Auflösung nahe. Gegenwärtig erfreut sie sich eines Standes, der ihr Hörer zuführt, welche früher an Hochschulen des Auslandes ihre Bildung gesucht haben. Dieser Auf-

Frequenz ist fast auf das Doppelte gestiegen. Dieser Auf-

schulen durch Glaubensgenossen dort, wo es vorhanden ist, darum auch der öffentlichen Meinung gegenüber zu verantworten.

— 30 —

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Februar. Se. k. l. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Se. k. l. Apostolische Majestät haben zu den im Laufe dieses Winters bereits allergnädigst gespendeten viertausend Gulden einen weiteren Betrag von Ein tausend Gulden zur Vertheilung an wahrhaft bedürftige und würdige Personen in Wien allergnädigst zu widmen geruht.

Baron Joseph Götz ist, wie „P. Napo“ meldet, um die Concession zur Herausgabe eines politischen Wochenblattes eingetreten.

Deutschland.

Die officielle „Carlsruher Bzg.“ spricht sich in sehr kurzen Worten über den Zusammenstoß der Parteien aus. Sie berichtet: Mannheim, 23. Februar. Die ultramontane Partei versuchte heute Nachmittag, eine Agitations- Versammlung dahier zu Stande zu bringen. Auf Weitung des Agitations- Comités waren im Laufe des Tages kleinere und größere Haufen in die Stadt gekommen. Dassentliche Gebäude waren den Bestimmungen des Vereinsgesetzes gemäß denselben als Versammlungsort verfangt worden. Den Zutritt zu Privatlocalen, wo die Zugänger solchen begehrten, wurde von deren Besitzern einmütig verweigert. Ein Versuch, die Jesuitenkirche zu „Casino- Zwecken“ zu missbrauchen, ward von der Behörde zurückgewiesen; deren besonnener und würdevoller Haltung ist es zu verdanken, daß die Aufreizungen (?) der Veranstalter dieser Versammlung nicht zu größeren Excessen geführt haben. Es ist dem Dazwischen treten der Polizei gelungen, die Mehrzahl der Führer und insbesondere die einzelnen Geistlichen, welche sich unter die Haufen gemischt hatten, vor der Entrüstung der Bevölkerung (?) zu schützen. Wie wir hören, sind die strengsten Befehle gegen jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, gegeben gewesen.

Richard Wagner veröffentlicht in der „Allg. Bzg.“ eine längere Erwiderung auf die gegen ihn in demselben Blatte erhobenen Vorwürfe. Neben den Charakter seiner Münchener Stellung äußert er sich in folgender Weise: „Nachdem die Großmuth Sr. Majestät des Königs mir die nötigen Mittel angewiesen, die mich bestimmten sollten, überhaupt in München zu leben und ungestört meinen im Ubrigen auf Ertrag von auswärts berechneten Arbeiten nachzugehen zu können, ertheilten mir Se. Majestät im vorigen Herbst den besondern Auftrag der musikalischen Ausführung meines ganzen Nibelungenwerkes, einen Chor von vier vollständigen musikalischen Dramen, deren jedes den vollen Umfang und die Bedeutung einer meiner früheren Opern hat. Für diese Bestellung, deren Annahme mich nötigte, auf längere Jahre jede Arbeit, welche auf sofortige Verbreitung und Honorirung durch die deutschen Theater berechnet sein konnte, beiseite zu legen, wurden mir im Namen Sr. Majestät unter vertragsmäßigen Bedingungen Begünstigungen zugewiesen, welche das nicht überbrachten, was bairische Könige bereits bei ähnlichen Bestellungen auf Werke der Kunst und Wissenschaft gewährt hatten. Somit im Recht, mich nicht als Künstling, sondern als ganz im Verhältniß seiner Arbeit wohlbezahlten Künstler zu betrachten, glaube ich zunächst Niemanden Rechenschaft von der Verwendung meines Verdienstes ablegen zu müssen, es sei denn, daß ich mich dafür entschuldigen hätte, für meine Arbeit denselben entsprechenden Lohn gefunden zu haben, welchen Maler, Bildhauer, Architekten, Gelehrte u. s. w. wiederholt und häufig fanden. Wie hoch ich dennoch das Glück angeschlug, ganz unerwartet gerade hier den hochherzigen Gönnern, der eben den Wert des kühnsten meiner künstlerischen Pläne zu schätzen wußte, gefunden zu haben, möge daraus ersehen werden, daß ich alsbald mir von Sr. Majestät dem Könige die Genehmigung zu meiner Naturalisierung als Baier erbat und dafür die nötigen Aufträge ertheilt. Wenn auch die deutsche Kunst nicht bairisch, sondern nur deutsch sein kann, so ist München doch die Hauptstadt dieser deutschen Kunst; hier unter dem Schutz eines mich begeistrenden Fürsten gänzlich mich heimisch und volksangehörig zu fühlen, war mir, dem Bielumhergeirten, lange Heimatlosen, ein inniges, wahres Bedürfnis.“ Wagner erklärt, daß an der „Fabel“ von dem Pecht'schen Porträt, für welches er eine Rechnung von 1000 fl. eingereicht haben soll, nicht ein wahres Werk sei. Er weist auf den Unterschied in den Beurtheilungen hin, die er in München und in Paris gefunden. In München lobe man seinen Künstlerern bei der Composition des „Tannhäuser“ und des „Lohengrin“, stelle ihn aber als Menschen leichtfertig und frivol dar; in Paris hingen habe man seine Kunst und Tendenzen „abscheulich“ gefunden, aber ihn selbst als das Muster eines Mannes gepriesen, der dem Ernst seiner künstlerischen Überzeugungen, die gebotene günstigsten Chancen sein „Glück“ zu machen, willig opferte und „dafür sich in die Lage begab, welche ein dreijähriger gänzlich hilfloser Aufenthalt in seinem deutschen Vaterland so verschlimmerte, daß er vor einem Jahre im Begriff stand, jeder Hoffnung, seine neuern Werke aufführen zu können, somit jeder Hoffnung auf die fernere Ausübung seiner Kunst selbst, zu entsagen und gänzlich mich verswinden entschlossen war.“ Wenn diesen Künstler damals die hochherzige Berufung des großmütigen Fürsten aus der so eben bezeichneten Lage befreite, um ihn heiteren Muthes seiner Kunst wiederzugeben, so nenne der Berichterstatter in der „Allg. Bzg.“ dies „mit Übertriebung der aufgewandten Opfer, welche übrigens nicht unbedingt, sondern gegen die Verpflichtung der späteren Rückerstattung geleistet wurden“ „Schuldenbezahlung“ u. s. w.

Wagner charakterisiert dies als „freundliche Grobheit“. Wagner meint, der Einender in der „Allg. Bzg.“ habe absichtlich oder unabsichtlich die öffentliche Meinung durch falsche Gerüchte, von deren Falschheit er sich eben leicht hätte überzeugen können, in Alarm zu setzen versucht, — derselbe

Über die Affaire Richard Wagner lesen wir in der „Oesterreich. Bzg.“ folgende officielle Erklärung: Seit geraumer Zeit und namentlich in den jüngsten Tagen haben in und ausländische Blätter mehr oder minder ausführliche und vielfach sich widersprechende Mittheilungen über die Verhältnisse gebracht, unter welchen der Componist des „Tannhäuser“ u. s. w. in München lebt. Die einen wie die anderen dieser Berichte leiden an Unrichtigkeiten und Übertreibungen und die Wahrheit dürfte wie überall so auch hier in der Mitte liegen. Unsers Wissens, und wir glauben gut unterrichtet zu sein, ist auf der einen Seite der Einfluß, den man dem berühmten Componisten in einem so ungewöhnlichen Grade zugeschrieben hat, ein sehr begrenzter und zwar ein rein idealer, der lediglich in dem Effect besteht, welchen dessen Composition durch ihren poetischen Reiz auf eine ideal angelegte Natur über, ohne dieses eng begrenzte Gebiet je zu überschreiten. Andererseits aber scheint dieser Erfolg zu einem Verkommen seines eigentlichen Grundes geführt und Einbildung und Hoffnung erregt zu haben, die mit der Wirklichkeit in thatlichem Widerspruch stehen. Möchten deshalb diese Andeutungen dazu dienen, ein richtiges Urtheil über die so viel mißdeutete Stellung des berühmten Componisten bilden zu helfen und Übertreibungen ein Ende zu machen, die von verschiedener Weise daran geknüpft werden sind. Mit anderen Worten: möge man nicht von einem Einfluß reden, der thatlich nicht besteht und nicht bestanden hat; möge man sich aber auch nicht Illusionen hingeben, die nur in einer falschen Auffassung und dem Verkennen einer Stellung beruhen, der, wie schon erwähnt, ein rein ideales Motiv zur Basis bildet. Es werden dann wohl alle ungerechtfertigten Verstüttungen von selbst in Wegfall kommen können.

Nach einer aus St. Gilgenberg von Dr. Fallo eingesandten Nachricht befindet sich Guzikow besser und ist Hoffnung vorhanden, daß er in einigen Monaten völlig hergestellt sein werde.

Über den Schloßbrand in Braunschweig schreibt man der „N. Hann. Bzg.“ vom 25. d.: Die Veranlassung zu dem großen Schloßbrand wird allgemein und wohl mit Grund in einer Explosion von Heizröhren gesucht. Um die sonst das ganze Jahr nicht benutzten Säle für den Hofball zu erwärmen, wurden die Röhren mit ungewöhnlich heißer Luft beladen, und so entstand möglicherweise gerade an einer stark benutzten Stelle derselben eine Sprengung. Dies erklärt denn auch den außerordentlich raichen Gang des Feuers, welches in den behaglich eingerichteten Wohngemächern des Herzogs viel Nahrung fand. Man hört jetzt von allen Seiten Ansichten und Urtheile über die Art des Entstehens und die verfehlte Manier, welche beim Löschen angewandt worden sei. So viel steht jedoch fest, daß sämtliche Mannschaften mit Eifer und Aufopferung thätig waren, und wenn man nicht gleich von Anfang an mit vollen Mitteln gegen das verheerende Feuer auftrat, so hat dies keinen Grund in der allgemeinen menschlichen Eigenschaft, daß man nicht leicht das Schwimmscheit, sondern stets das Beste hofft. Hatte doch der Herzog selbst nicht einmal gewünscht, daß der Ball unterbrochen werden solle; wie hätte also die außerhalb des Schlosses befindliche Eschmannschaft eine Ahnung von der Größe der Gefahr haben können! Wie schnell das Feuer um sich griff, beweist auch der Umstand, daß die ganze Garderobe, die Wäsche und die Bibliothek des Herzogs in wenig Minuten von den Flammen verzehrt war und Se. Hoheit nach dem Brände an Kleidern nichts besaß, als was er eben trug. Der Herzog blieb so lange in dem großen Saal, bis einer der Herren aus seiner Umgebung ihn darauf aufmerksam machte, daß sein Verweilen gefahrhaft sei, da das Dach über dem Mittelbau bereits brannte und die darauf ruhende Quadrigagruppe den Einsturz herbeiführen könnte. Hierauf trat Se. Hoheit in den Schloßhof, wo er bis 12 Uhr verweilte. Heute wird bereits mit dem Begräumen des Schuttes eifrig begonnen, an einzelnen Stellen steigt noch immer Rauch auf. Die Quadriga stürzte zuerst nur bis in den großen Saal, und erst um 4 Uhr Morgens brach das Gemöble, so daß sie in der Durchfahrt des Mittelbaus zu liegen kam, wo man nun den Oberkörper der Brunonia hervorragen sieht. Der „N. Pr. Bzg.“ wird geschrieben, das schöne Schloß steht jetzt bis zum ersten Zimmer des rechten Flügels ganz ausgebrannt im Innern; auch das Außere hat furchtbar gelitten, die Säulen und Fenster-Einfassungen sind sämtlich zerstört, es sieht schrecklich aus. Der Herzog ist nach Alt-Richmond, einem nahe bei der Residenz gelegenen Sommerhof, gezogen. Er hat nichts gerettet, nicht einmal seine Mütze; es mußte eine neue angekauft werden, sowie auch etwas Wäsche. Einen Pelz kaufte man heute Morgen; kurz, es ist von Garderobe und Wäsche, ebenso von allen Lieblingsgegenständen im Wohnzimmer nichts gerettet. Der Geldschrank ist ebenfalls heruntergefallen; ob derselbe die Feuerprobe bestanden, wird sich beim Aufräumen zeigen. — Die „B. f. N.“ hört noch Folgendes: Der Herzog hat die Gewohnheit, beim Verlassen seines Arbeitszimmers dasselbe abzuschließen und einen Lakai als Wache davor zu postieren. Am Ballabend hört dieser Lakai, vielleicht etwas spät, das Knistern im Zimmer und meldet es; der Schlüssel jedoch steckt in dem Paletot des Herzogs, der zwischen die Mäntel der übrigen Gesellschaft gerathen ist. So vergeht wieder Zeit mit Suchen nach dem Schlüssel und das Feuer hat schon ziemlich Ausdehnung, als man in das Zimmer gelangt. Auch ist vielleicht dieser Aufenthaltschuld, daß das Feuer (welches durch die Röhrenleitung entstanden ist) im Innern der Wände unbemerkt sich sehr ausbreite und an entfernter Stelle wieder ansprechen könnte, nachdem man es gelöscht zu haben glaubte. Des Herzogs Papiere im „feuerfesten Schrank“ sollen sämtlich verbrannt, die Goldstücke in Klumpen geschmolzen, die Diamanten unverfehrt sein.

Aus Berlin, 27. Februar, wird gemeldet: Der Antrag der betreffenden Commission, die Petitionen der Kaufmannschaft von Königsberg, Memel und Elbing, sowie der Handelskammern von Breslau und Bielefeld wegen Aufhebung der Buchergesetze der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

ten, ist heute angenommen worden. — Die verstärkte Handelscommission berieht heute über das Bankgesetz. Prince-Smith beantragt die Genehmigung, wenn der Notenumlauf auf 60 Mill. beschränkt werde. Röpell ist für die Ablehnung, event. für eine Amendierung. Der Regierungs-Commissär, Geh. Ober-Finanzrath Dohnd, bemerkt: Die Regierung könne auf keinen Fall auf eine Beschränkung des Notenumlaufs eingehen. Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat in der heutigen Abendstzung den Generalbericht über den Staatshaushalt für 1865 festgesetzt.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. Die Debats behaupten,

die römische Polizei habe Gendarmerie-Offiziere nach Civitavecchia geschickt, um den General Lamarmora,

als er sich dort auf der Rückreise eine Stunde lang

aufhielt, zu verhaften. (1) Prinz Humbert hatte am

19. in Neapel nebst Lamarmora auch Herrn Lessps zum Dejuner eingeladen. Lamarmora soll dem Königin nach Mailand folgen. Das Beispiel der Königin von Spanien findet Nachahmung im Lande; man erzählt, daß die Granden eine Anleihe von 60 Millionen übernehmen wollen; eine bedeutende Fraktion des spanischen Congresses mißbilligt den Verkauf der Krongüter ohne ein diesfalls von den Kammer approbiertes Gesetz. Die „Geschichte Cäsar's“ soll am 6. März allgemein in den Buchläden verkauft werden.

Der telegraphische Congres in Paris wird am nächsten Mittwoch den 1. März unter Vorfigur des Herrn Drouyn de Lhuys eröffnet werden. Wie aus Paris gemeldet wird, werden vorerst die Chefs der auswärtigen Gesandtschaften sich versammeln, um die allgemeinen Grundlagen der Anwendung der gleichförmigen Taxe für telegraphische Mittheilungen festzustellen. Die Prüfung der Detailfragen wird besonderen Delegirten anvertraut werden. Die deutschen Bundesstaaten, namentlich Österreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, die beiden Mecklenburg und Luxemburg werden im telegraphischen Congres von Preußen vertreten werden, und erklären sich im voraus bereit, dem Prinzip der gleichförmigen Taxe beizutreten. Österreich behält sich jedoch vor, einen speziellen Delegirten für den Theil seiner Staaten zu senden, der nicht dem deutschen Bunde angehört.

Aus Paris berichtet man, daß die Notth unter den dort lebenden polnischen Emigranten eine furchtbare Höhe erreicht habe, und daß einzelne von ihnen buchstäblich vor Hunger gestorben seien, während andere aus Verzweiflung über ihre Existenzlosigkeit sich das Leben genommen hätten. Die „Stiftung des Katholizismus in Polen“, begründet vom Fürsten Ladislaus Szartoryski, hat in der Zeit vom 15. October v. J. bis zum 31. Jänner d. J. 23,260 Frcs. eingenommen, und davon 18,362 Frcs. für Studirende, Priester, Mediciner, Apotheker, Handlungstreisende u. c. verausgabt. Die französische Regierung zeigt sich mittlerweile gegen die polnische Emigration immer un duldsamer. So hat sie dieselbe nicht blos einer strengen polizeilichen Kontrolle unterworfen, sondern sie hat neuerdings die Bewilligung von öffentlichen Conferenzen, Lotterien, Theatervorstellungen, Concerten u. s. w. wodurch man den Emigranten leicht beträchtliche Unterstützungen hätte verschaffen können, verfagt, und sucht überdies die bisher für einzelne arbeitsunfähige Emigranten bewilligten Subsidien unter jedem Vorwande zu beschränken.

Spanien.

Dem Pariser Correspondenten des Verner-Bund wird aus Madrid geschrieben: „Alle Welt spricht von einem im Frühjahr ausbrechenden Volksaufstand. Hat er das Heer gegen sich, so wird er starkes Blutvergießen zur Folge haben, ohne die bestehende Ordnung zu stürzen.“ Die Regierung rüstet sich. Sie glaubt, die Madrider Garnison werde der Königin treu bleiben. Es besteht dieselbe aus 18,000 Mann darunter Elite-Regimenter, die niemals an einem Pronunciamiento teilgenommen haben. Der Widerstand gegen die Steuer-Anticipation war so lebhaft, daß ein Marquis, Grand von Spanien, in einer zahlreichen Gesellschaft sagen konnte: „Ich soll 25,000 Piaster zahlen; da ich sie habe, zahle ich gar nichts, und kommt die Exequution, so wird sie vom Volle in meiner Nachbarschaft mit Flintenschüssen empfangen.“ Daraus erklärt sich die Zurücknahme des bezüglichen Gesetzes und der Rücktritt des Finanzministers, Herrn Barzanallana, der sich in so kurzer Zeit das Vertrauen der auswärtigen Gläubiger Spaniens erworben hatte. Es ist nun mehr abzuwarten, ob das Zurückziehen des Steuer-Anticipations-Gesetzes und das von der Königin den Staatsfinanzen gebrachte Opfer das drohende Gespenst der Revolution beschwören werden.

Portugal.

Aus Lissabon, 19. Februar, wird der „G. C.“ geschrieben: Der König und die Königin geben in den letzten Tagen den höheren Gesellschaften im Palast der Ajuda überaus brillante Ballfeste, insbesondere zeichnete sich der Maskenball am 15. durch den Glanz und die Pracht der Kostüme aus. Der König und die Königin wechselten mehrere Male ihre Kostüme. Die Königin tanzt übrigens wenig, da sie sich in interessanten Umständen befindet. Das Vorhaben der Königin, eine Reise nach Italien zu unternehmen, welchem Vorhaben sie im vergangenen Jahre entsagen mußte, soll demnächst ausgeführt werden. Indessen steht zu bezweifeln, daß dies möglich sein wird, da die Königin die Reise nur in der Begleitung des Königs und ihres Kindes machen will und wahrscheinlich die hohen Staatskörper nicht gestatten werden, daß der Souverän und der präsumtive Thronerbe gleichzeitig aus dem Lande abwesend sind. (Daranach wäre die vor wenigen Tagen aus Lissabon telegraphierte Meldung, daß der Staatsrat die Reise der Königin nicht gestattet habe, richtig zu stellen. Das portugiesische Staatsgrundgesetz gibt der Landesver-

les ins Ausland Einsprache zu erheben. Will die Königin allein reisen, so kann dies von der Kammer oder dem Staatsrat nicht verhindert werden. D. Red.) ist für die Ablehnung, event. für eine Amendierung. Der Regierungs-Commissär, Geh. Ober-Finanzrath Dohnd, bemerkt: Die Regierung könne auf keinen Fall auf eine Beschränkung des Notenumlaufs eingehen. Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat in der heutigen Abendstzung den Generalbericht über den Staatshaushalt für 1865 festgesetzt.

Königreich der Niederlande.

Aus dem Haag wird gemeldet, daß die Königin-Mutter Anna von Holland, Tochter des Kaisers Paul von Russland, schwer erkrankt ist.

Großbritannien.

Der Prozeß Baron v. Thierry und Mr. John D. Lever gegen Lord Fermoy und Mr. J. E. O'Beirne kam am 20. d. vor dem Gerichtshofe der Queen's Bench wieder zur Verhandlung. Die Kläger machten, wie erinnerlich, von Anfang an auf die Summe von 30.000 Pf. St. für die Übertragung der von der österreichischen Regierung erwirkten Bankconcession Anspruch, eine Summe, welche durch Hinzurechnung von Ausgaben aller Art auf 32.400 Pf. St. angewachsen ist. Die Gegenpartei machte davorder geltend, daß die Bedingungen, unter welchen sie sich zur Übernahme der Concession verpflichtet habe, nicht gänzlich erfüllt worden seien und weigerte deshalb Zahlung. Bei der gefriegen Prozeßverhandlung ward eine Menge von Correspondenzstücken vorgelegt, die von den Herren Pleiter, Lasser, Tierry, Fermoy unterzeichnet waren. Schließlich wurde die Sache auf den nächsten Termin vertagt; doch kam auf den Rath des Lord-Oberrichters und mit Genehmigung der beiden Parteien in so ferne ein Vergleich zu Stande, daß der Gerichtshof für den Fall einer Entscheidung zu Gunsten der Kläger ermächtigt sein solle das Streitobjekt auf 20.000 Pf. zu reduzieren, wenn er es für angemessen halte.

Russland.

Der Generaladjutant Krzyżanowski, Mitglied des Kriegsrathes, wurde zum Generalgouverneur und Militärdirektor von Orenburg mit Beibehaltung seines jetzigen Ranges, ernannt.

Der Commandant der Stadt Sebastopol, Viceadmiral Kisliński I., erhielt dem „Russ. Inv.“ zufolge, vom Kaiser Napoleon das Commandeurkreuz und der Polizeimeister dieser Stadt Capitän Berthier de Lagarde das Officerskreuz der Ehrenlegion.

Vermischtes.

** Robert Waldbüller in Dresden schreibt an einen Freund in Wien: Otto Ludwig's Zustand hat sich in den letzten Wochen in einem so hohen Grade verschärft, daß wir von Tag zu Tag sein Unterliegen erwarten. Er hat vor nicht langer Zeit noch einen Versuch gemacht, vor volligem Nachtreiben denjenigen dramatischen Stoff, der ihm am angeschlagene beschäftigte, zu bewältigen. Ein erster Act ist in der That unter den furchtbaren Körperschmerzen zu Papier gebracht worden. Aber seitdem scheint die Natur ihr Veto eingelegt zu haben. So klar das ganze Werk vor seiner Seele stand und so übermenschliche Anstrengungen ergriffen zu müssen, um das in ihm fertige Gedicht nicht ungebornen mit in's Grab zu nehmen, er ist über den Gesamtgewebe zusammengebrochen, und es wird Fragment bleiben. In diesem Augenblick wedelt Bewußtlosigkeit und traumartige Phantasien mit klarer Fassung. Die Geduld, mit der er seine qualvoll langsame Ablösung trägt, ist über alles Lob erhaben. Eine große Menge seiner Manuskripte hat unlängst auf seine Anordnung den Flammen vorgegeben werden müssen. Seine umfangreichen Shakespear-Studien sind bis jetzt verschont geblieben; es wäre ein grausames Geschick, wenn seine Schen vor dem Unserigen auch noch den Untergang bereite. Ob die vier Acte seiner Agnes Bernauerin mit vernichtet worden sind, ist mir nicht bekannt. Doch welches Gewicht könnte in solcher Passionszeit selbst das Sein oder Nichtsein der größten Meisterschöpfungen beanspruchen! [Der betreibende Nachricht über den Krankheitszustand Otto Ludwigs ist schon wenige Stunden nachher die Kunde von dem eingetretener Tode des Dichters gefolgt. Otto Ludwig ist am 25. v. W. Morgens bald 10 Uhr seinen schweren und langjährigen Leiden erlegen.]

** Die Berliner „Montags-Zeitung“ bringt folgende satirische Notiz: Gestern entdeckte man hier einen Christen, der ein Hans unter den Linden hat. Derselbe soll 103 Jahre alt sein und die letzten 30 Jahre aus begreiflicher Schüchternheit als Eremit in einem der dortigen hohen Bäume gebaut haben.

** Der König von Württemberg hat, tief ergriffen von der tragischen Unterbrechung der ersten Vorstellung von Lauber's „Gärtner“-Söhnen, die Kosten des Leidensbegängnisses des Hofschauspielers Birnbaum auf seine Privatecke übernommen. Außerdem wird für die Ausbildung des hinterbliebenen unmündigen Sohnes des Verstorbenen auf des Königs Kosten Sorge getragen werden. Einen früh geäußerten Wunsche Birnbaums zu folge wird derselbe in Cannstatt beerdigt, um an der Seite seiner ihm im Tode vorangegangenen altesten Tochter, der Gemalin des Prinzen Friedrich von Hanau, zu ruhen.

** H. Heine's sämtliche Werke sind nun in französischer Uebersetzung bei Michael Levy in Paris von unbekannter Hand erschienen. Leider versteht der Anonymous dieses Buches nicht einmal unsere Sprache oder nimmt es mit ihr nicht genau; „für manchen Gulden“ überträgt er pour plus d'anorin (pour maint florin würde richtiger sein). Schlimmer ist, daß der innerliche Ausdruck der schönen Lieder falsch wiedergegeben wird. „Wir müssen, als ob ich die Hände aufs Haupt!“ legt solle“ spricht den fremmen Drang des Dichters aus, für das Mädchen, wie eine Blume so hold und schön und rein, zu Gott, sie selbst segnend, zu beten. Abschließend verwischt das die Uebersetzung: Il semble, que je devrais poser mes mains sur ta tête. In dem Liedchen: Mir träumt, ich bin der liebe Gott, scheint Mansell Meyer den Uebersetzer verführt zu haben, ein Schimpfwort, das wir auch in halber Liebesfassung anwenden, für einen Familiennamen zu halten. Er überlegt: „und packt ihn auf, und bringt heraus, den Freunden, den lieben Bengel“; „il le prend et ramène, mon digne ami, mon cher Bengel“.

** Von den verschiedenen Seiten erheben sich Beträchtungen über den übermäßigen Luxus an Stoffmangel, der in den oberen Partern der Pariser feinen Dammentoiletten getrieben wird. Man kann sich nicht mehr mit Aufwand auf einem vornehm Bälle in einer anständig schwelgenden Robe sehen lassen. Das Habillé ist entschieden zum Deshabillé degradirt. Edmund Terier sagt im „Sicole“: „Was noch heute vom Leibchen (corsage) übrig geblieben ist, verloren sich kaum der Rede. Unsere Damen bekleidet jetzt, wie die Frauen der Wilden in den südamerikanischen Wäldern, mit — Halsbändern.“ Auch Herr Venet von „Le Monde“ gerath dergestalt in Eifer über dieses sündige Treiben, welches er hoffentlich nur vom Hörensagen kennen wird, daß er sogar das von Turtusso doch noch in den Ausdrücken gewahrte Decoum vergift und ausruft: „Wenn sich heute eine unserer Modeprinzessinen im Ballzuge öffentlich zeigte, so würde sie der

erste beste Sergeant de Ville in's Loch stecken und das Polizei-Lose — Nat.-Anlehen 68. — Credit-Action 196. — 1860er Lose 83. — 1864er Lose 91. — Staatsbahn — 1864er Silber-Aul. 75. — American 54.

Hamburg, 27. Februar. Credit-Act. 82. — Nat.-Anl. 69. — 1860er Lose 82. — 1864er Lose — Wien — Paris, 27. Februar. Spülzourse: Spec. Rente 67.65. — 4.4. — 547. — Staatsbahn — Credit-Mobilier 933. — Lomb. 547. — West. 1864er Lose — Piem. Rente 64.80. — Consol. mit 89. — gemeldet.

Wien, 28. Februar, Abends. [Casas] Nordbahn 1827. — Credit-Action 187.50. — 1860er Lose 93.40. — 1864er Lose 86.50.

Paris, 28. Februar, 3. Rente bei Schl. 67.50. Bohmia, 24. Februar. Spülzourse: Spec. Rente 67.65. — 4.4. — 547. — Staatsbahn — Credit-Mobilier 933. — Lomb. 547. — West. 1864er Lose — Piem. Rente 64.80. — Consol. mit 89. — gemeldet.

Neumarkt, 26. Februar. Die heutigen Durchschnittspreise waren in fl. österr. W.: Ein Mezen Weizen 3.96 — Roggen 2.50 — Gerste 1.98 — Hafer 0.87 — Erben 4.06 — Bohnen 1. — Hirse — Buchweizen — Kuhfutter — Erdäpfel 1.93. — Eine Klafter hartes Holz 5.30 weiches 4.20 — Futterklee — Ein Centner Heu 1.30 — Stroh — 90.

Chrzawno, 17. Februar. Die heutigen Marktpreise waren in österr. Wahr.: Ein Mezen Weizen 3.43 — Roggen 2.25 — Gerste 1.95 — Hafer 1.30 — Erben 3.75 — Bohnen 4. — Hirse — Buchweizen — Kuhfutter — Erdäpfel 1.10. — 1 Klafter hartes Holz 8.50 — weiches 6.25. — Futterklee 2.40. — Der Centner Heu 1.75. — Ein Centner Stroh — 70.

Neu-Sandec, 24. Februar. Auf dem gestrigen Markt stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Mezen Weizen 3.15 — Korn 2.30 — Gerste 1.67 — Hafer 1. — Buchweizen 3.50 — Erdäpfel 1.10 — Eine Klafter hartes Holz 8. — weiches 5.50. — Ein Centner Futterklee — Ein Centner Stroh — 70. fl. österr. Wahr.

Temesvar, 27. Februar. Getreide-Daten: 27. Februar, 5.32 Paare — Kavatzen 2.50 — 28. Februar, 5.34 W. — Russischer halber Imperial 9.16 W. 9.30 W. — Russ. Silber-Aul. in Stück 76 fl. 7. — 79 W. — Russischer Pariser-Aul. in Stück 1.45 G. 1.47 W. — Preußischer vourtant-Thaler ein Stück 1.66 W. 1.68 W. — Gal. Pfandbriefe in österr. W. ohne Couv. 72 — 6. W. 76.20 W. — Gal. Pfandbriefe in G.-W. ohne Couv. 75.60 W. 76.20 W. — Gal. Grundentlastungs Obligationen ohne Couv. 73.50 W. 74.33 W. — National-Anlehen ohne Couv. 78.68 W. 79.27 W. — Galiz. Kali. Ludwig-Eisenbahn-Aktion 221.50 fl. 223.83 W.

Krakauer Cours am 28. Februar. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. v. 412 verl. 109 bez. — Vollwertiges neue Silber für fl. 100 fl. v. 121 verl. 118 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. v. 100 fl. vol. 96 verlangt, 95 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. vol. 456 verl. 448 bez. — Russische Silberbarrel für 100 Rubel fl. österr. W. 148 verl. 145 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. öst. W. 168 verl. 165 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 904 verl. 89. bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Wahr. 112 verl. 111 bez. — Vollwert. österr. Rand-Dukaten fl. 5.37 verl. 5.27 bez. — Vollwertige holländ. Dukaten fl. 5.36 verl. 5.26 bez. — Napoleonordre fl. 9.10 verl. 8.93 bez. — Russische Imperials fl. 9.32 verl. fl. 9.17 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Couv. in fl. W. 73.4 verl. 72.4 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Couv. in G.-W. fl. 76.75 verl. 75.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 75.2 bez. — Action der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons fl. öst. Wahr. 224 — verl. 221. — bez.

Krakau, 28. Februar. Die Getreidezufuhren sind fortwährend noch spärlich. Der Verkehr beschränkt sich auf Details, die Preise fast ohne Aenderung. Weizen bez. immer 24. — 25. — 26 fl. v. 9. — Bäuergerste 13. — 14 fl. v. schöne zur Malz 15. — 16 fl. v. Alles dies jedoch in kleinen Quantitäten, denn es fehlt die ansehnlichen Zufuhren, wie auch bedeutende Nachfragen, legt gänzlich betreffs großer Partien, die übrigens auch nicht vorhanden sein können, denn die Zufuhr ist schwierig und der Unternehmungsgeist nicht animiert. Heute war hier kein Verkehr, weder bedeutende Nachfrage noch Öfferten. Kleine Partien, aus Roth verkauft oder gekauft, können kein Merkmal für die Bedeutung des Markts abgeben. Die Preise haben sich oder sinken um 1 fl. v. am Korzer transito zu 28. — 29. — 29.4 fl. v. für 172 Pf. verkauft. Roggen in kleinen Partien zu 18.4 fl. v. für 162 Pf. für den Vocalbedarf stockt der Verkehr ganz, Preise ohne Aenderung.

Neueste Nachrichten. Einem Wiener Telegramme der Berliner „Börsenzeitung“ zufolge ist vom österreichischen Bevollmächtigten zur Berliner Zollkonferenz am 27. Februar Abends telegraphisch die Nachricht in Wien eingetroffen, daß in der Konferenz vom 27. die Verhandlungen über gegenseitige Tarifconcessions glücklich beendigt worden seien und es nur noch der Paraphrasing des Vertrages bedürfe, um dieselben formell zum Abschluße zu bringen.

London, 27. Februar, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses stellte Verhey folgende Frage an Layard: Können Sie über den Stand der Herzogthümmerfrage Auskunft geben und ist Russell's in continentalen Blättern oft erwähnte Depesche vom 27. v. authentisch? Layard erwiederte, daß keine derartige oder entfernt ähnliche Depesche geschrieben oder abgelebt worden sei.

London, 28. Februar. Der gegenwärtige englische Gesandte in Washington (Lord Lyons) resignirt aus Gesundheitsrücksichten auf seinen Posten und wird durch den bisherigen Gesandten in China Herrn Bruce ersetzt. Die englische Regierung erkennt Lincoln als Präsidenten der Union wie bisher an.

Paris, 28. Februar. Der „Moniteur“ demonstriert formell das Gerücht, daß das Paketboot von Veracruz schlechte Nachrichten aus Mexico überbracht habe, so wie das Gerücht, daß die nichtpolitischen Blätter der Stempelsteuer unterworfen werden sollen.

New-York, 16. Februar. Sherman passirte den Edisto-Fluß und rückte bis Orangetown, nördlich von Branchville, vor. Gegen Wilmington operiren abermals Armee und Flotte vereinigt. Grant besiegt die Position Hatchers Run. — Fessenden empfiehlt eine Anleihe von 600 Millionen.

New-York, 18. Februar. Offiziell wird gemeldet, daß Repräsentantenhaus habe den Baumwollzoll von 6 Cents Gold in 6 Cents Papier umgeändert. Nachrichten aus Mexico zufolge, soll der französische General Bazaine am 29. Jänner wiederholt geschlagen worden sein (?). Die Liberalen insorgieren die Orte, aus welchen die Franzosen abziehen, und zählen angeblich bereits 60.000 Mann. Der kaiserliche General Vega soll gleichfalls in Sonora geschlagen, alle Artillerie ihm abgenommen, er selbst gefangen und als Hochverrätler vom Insurgentenführer Pator erschossen werden.

Frankfurt, 27. Februar. Böhmisches Weinbahn 72. — Galiz. 100. — Staatsb. 120. — Freiw. Anlehen 102. — 5. Mei. 64. — Nat.-Anl. — Credit-Lose 76. — 1860er-Lose 84. — 1864er-Lose 52. — 1

Amtsblatt.

Kundmachung. (193. 1)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, daß der Inhalt des Aufsatzes: „Neben die päpstliche Encyclika“ in dem Abendblatte der „Constitutionellen österreichischen Zeitung“ vom 31. Dezember 1864, Nr. 360, das Vergehen der Ehrenbeleidigung, strafbar nach den §§. 491, 493 und 494 lit. a. St. G. B. und nach Art. V der Strafgesetzesnovelle vom 17. Dezember 1862 begründet und verbindet damit auf Grund des §. 16 des Strafverfahrens in Preßfachen das Verbot der weiteren Verbreitung.

Dieses Erkenntniß summt Gründen ist in Gemäßheit des §. 39 des P. G. in der nach Zustellung zunächst erscheinenden Nummer der „Constitutionellen österreichischen Zeitung“ zu veröffentlichen.

Vom k. k. Landesgericht in Straßfachen.

Wien, 5. Jänner 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der k. k. Rathssceretär:

Thallinger m. p.

N. 1563. Kundmachung. (186. 2-3)

Im Zwecke der parcellenweisen Verpachtung der städtischen Grundstücke in Wieliczka bestehend aus 105 Grundparcellen mit dem gegenwärtigen jährlichen Gesammtvertrage von 4335 Gulden 48 kr. ö. W., auf die Dauer vom 1. November 1865 bis Ende Dezember 1871, wird am 21. März l. J. und nach Bedarf an den nachfolgenden Tagen 10 Uhr Vormittags in der Magistratskanzlei zu Wieliczka eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Was mit dem Beifügen verlautbart wird, daß die Pachtbedingungen sowie die Modalitäten der Licitationsverhandlung beim genannten Magistrate eingesehen werden können.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Kraau, am 22. Februar 1865.

Obwieszczenie.

Celem wydzielania gruntów miejskich w Wieliczce, składających się ze 105 parceli, z których czynsz dzierżawny obecnie 4335 złr. 48 kr. w. a. rocznie wynosi, na czas od 1 listopada 1865 r. po koniec grudnia 1871 r. odbędzie się na dniu 21 marca b. r. a w razie potrzeby w następnych dniach o godzinie 10 przed południem w kancelarii Magistratu w Wieliczce publiczna licytacja.

Bliższe wiadomości o warunkach dzierżawy i sposobie licytacji można powiązać w Magistracie Wielickim.

Od c. k. władz obwodowych.

Kraau, 22 lutego 1865.

N. 2695. Edykt. (180. 3)

C. k. Sąd krajowy niniejszym wiadomo czyni, iż Jan Knapik około 28 lat mający, wyrobnik ze wsi Pasierbca w powiecie Wiśnickim położonej, będąc w roku 1855 na robocie w Bochni, znalezionym był w pierwszych dniach miesiąca lipca 1855 r. na polu „Czerwieńcu“ przy Bochni pod górem niebem mocno słabym, i że w tym dniu na tym polu umarł.

Wszyscy, którzy o śmierci Jana Knapika wiadomości mieli, zostają niniejszym wezwani, aby o tem jego kuratorowi adwokatowi Dr. panu Koreckiemu w Krakowie, lub c. k. Sądowi krajowemu w Krakowie najdalej w trzech miesiącach od dnia pierwszego ogłoszenia niniejszego edyktu donieśli.

Kraau, dnia 14 lutego 1865.

N. 493. Kundmachung. (188. 2-3)

Zur Unterbringung der in Kraau stationirten k. k. Finanzwach-Mannschaft ist vom 1. April l. J. angefangen, eine Unterkunft bestehend in 6 größeren oder 8 kleineren Zimmern mit 3 Küchen notwendig.

Den Herren Hauseigentümern oder Hausverweser, welche eine solche Ubication zu vermittelthen wünschen, haben ihre Offerten längstens bis 12. März d. J. dem k. k. Gränz-Inspector und Oberamts-Director in Kraau zu übergeben.

Kraau, 27. Februar 1865.

N. 23984. Edykt. (133. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym ogłasza, iż publiczna sprzedział realności nr. 566 G. V. (384 Dz.) w Krakowie położonej, Heleny Kasprzyckiej i Romana Kieresa własnej, przez c. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie w celu zaspokojenia należycieści Jana Kantego Kleszczyńskiego w kwocie 1000 złp. i procentów po 5% od dnia 14 sierpnia 1859 bieżących, oraz kosztów sądowych w kwocie 11 złr. 23 kr. w. a. i kosztów egzekucyjnych w kwotach 6 złr. 88 kr. w. a. 6 złr. 24 kr. w. a. 15 złr. w. a. 6 złr. w. a. 8 złr. 5 złr. 87 kr. i 52 złr. 68 kr. w. a. w drodze egzekucji dozwolona, odbędzie się w c. k. Sądzie krajowym w trzech terminach, a mianowicie na dniu 16 marca, 1865, 13 kwietnia 1865 i 11 maja 1865 o godzinie 10 przed południem pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania służy wartość owej realności w sumie 5948 złr. 80 kr. w. a. aktem sądowego oszacowania z dnia 9 czerwca 1864 przez w sztuce biegłych oznaczona, ponizzej której owa realność w pierwszych trzech terminach sprzedana nie będzie.

2. Cheć kupna mający złożyć kwotę 596 złr. jako wadyum do rąk komisyi sądowej licytacyjnej przed rozpoczęciem licytacji, a to gotówką, lub w obligacjach publicznych dnu-

gów państwa austriackiego, indemnizacyjnych, pożyczki narodowej, lub w listach zastawnych kredytowego towarzystwa galicyjskiego, które to papiery według kursu na duiu złożenia, jednak nie wyżej wartości nominalnej przyjęte zostaną.

3. Wadyum nabycie zatrzymane, innym licentiam zaś zaraz po licytacji za potwierdzeniem odbioru zwróconem zostanie.

4. Gdyby ta realność nawet na trzecim terminie sprzedana nie została, wyznacza się rownocześnie termin na dzień 11 maja 1865 o godz. 12 przed południem względem ułożenia tychszych warunków.

5. Co się tyczy podatków na tą realność ciążących i danin, odsyła się chcącemu nabycie do Urzędu podatkowego w Krakowie z tym dodatkiem, iż akt szacunkowy, stan tabularny i warunki licytacji tejże realności w registraturze tutejszo-sądowej przejrzane być mogą.

O tem zawiadamia się wszystkich wierzycieli hypothecnych wiadomych, jakotż tych, którzy po dniu 6 października 1864 do tabuli weszli i którymby rezolucja licytacji dozwalała dosyć wcześnie dorego, a być nie mogła przez jednocześnie ustanowionego kuratora adw. Dra. Altha zastępstwem adw. Dra. Balko i drzez niniejszy edykt.

Kraau, 16 stycznia 1865.

N. 1587. Edykt. (165. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Milówce uwiadamia niniejszym Jana Drozdka z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu dnia 25 sierpnia 1864 do l. 1587 civ. Józef Hutyra z Ujsoł wniosł pozew o zapłaceniu 40 złr. w. a. z prz.

iż termin do rozprawy sumarycznej na dzień 22 marca 1865 o godzinie 9 przed południem naznaczony został.

Wzywa się zatem Jana Drozdka, aby ustanowionemu dlań kuratorowi Maciejowi Pytlowi z Rajczy potrzebne do swojej obrony dowody do starczył, albo innego zastępcę sobie obrał i o tem

Sądowi doniósł, w przeciwnym bowiem razie według przepisów ustawy sądowej z pominiętym kuratorem na koszt i niebezpieczeństwo Jana Drozdka ustanowionym sprawą przeprowadzoną będzie.

Milówka, dnia 30 grudnia 1864.

250 Stück Hammel, 2 bis 6jährig, verkauft das Dominium Liebenau bei (167. 3) Wahlstatt in Schlesien.

Mädchen-Confikt.

Die Unterzeichnete eröffnet in Krakau am 1. März l. J. mit Genehmigung der hohen k. k. Behörde dieses Institut, in welchem bei Mitwirkung auserlesener Lehrer in der Religion, polnischen, französischen, deutschen und italienischen Sprache, Geographie, Geschichte, Natur-Wissenschaften u. s. w. ferner in Musik, Tanz, Zeichnungen und allen Handarbeiten Unterricht ertheilt wird. Indem ich mein Pensionat den geehrten Familien und Bormündern empfehle, bin ich so frei mich auf das bisherige Resultat mehrjähriger Arbeiten und auf das Vertrauen zu berufen, mit dem ich durch zahlreiche Familien in Ost- und Westgalizien, namentlich in Lemberg, wo ich 16 Jahre lang ein Pensionat gehalten, später in Podoliens und lebhaf in Tarnow auf ehrenvolle Weise ausgezeichnet wurde.

Salomea Jordan,

Weichsel-Gasse Nr. 179 neu, 275 alt, parterre.

L. 5457. Obwieszczenie. (131. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu w skutek prośby gal. Towarzystwa kredytowego, na zaspokojenie tegoż wierzytelności 6601 złr. 80½ kr. w. a. z prz. rozpisuje przymusową publiczną sprzedaż dóbr Wola Łużańska p. Władysława Skrzyńskiego w obwodzie Sądeckim, powiecie Gorlickim położonych, w tabuli krajowej Dom. 413, pag. 152, n. 21 haer. zapisanych, w dwóch terminach, na dzień 23 marca i 27 kwietnia 1865 wyznaczonych każdą razą o godzinie 10 zrana.

1 Cena wywołania jest 29079 złr. 12 kr. w. a., niżej który sprzedaż nie nastąpi.

2. Wadyum wynosi 2908 złr. w. a.

3. Każdemu wolno jest wykaz dochodów i warunki licytacji w całej osnowie przejrzeć i odpisać w tutejszo-sądowej registraturze.

O tem zawiadamia się wierzycieli: pp. Henryk Telczyński, Julie Pióro, Cecylę Chłędowską, Stanisława Tchorznickiego, z miejsca pobytu nie-wiadomym, tudzież domniemanych ewentualnych spadkobierców Tadeusza i Eweliny Żebrowskich, niemniej wierzycieli, którzy z swimi pretensiami po d. 14 maja 1864 do tabuli weszli, lub którzy zbyli zawiadomienia o tej sprzedaży przed pierwszym terminem té licytacji nie otrzymali, niniejszym edyktem i do rąk ustanowionego dla nich kuratora, w osobie p. adw. Dra. Bersona z substytutą p. adw. Dra. Zielińskiego.

Z rady c. k. sądu obwodowego.

Nowy-Sącz, 5 grudnia 1864.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzureichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzureichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzureichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzureichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzureichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzereichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bei dem gefertigten Magistrate einzereichen, und sich darin über ihr Alter, Geburtsort, Stand, Religion, die bisherige Verwendung, dann die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache und Schreibart, und endlich über den tadellosen Lebenswandel auszuweisen.

K. Magistrat. Biala, 13. Februar 1865.

N. 198. Concurs. (163. 3)

Zur Besetzung der bei dem gefertigten Magistrate mit einer Jahreslohnung von 120 fl. ö. W., dann der Naturalbekleidung erledigten Polizeischulen wird der Concurs bis 15. März d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten mające złożyć kwotę 596 złr. jako wadyum do rąk komisyi sądowej licytacyjnej przed rozpoczęciem licytacji, a to gotówką, lub w obligacjach publicznych dnu-